

Berlin

10 Pf. ^[Auswärts]_{15 Pf.} • Nr 583

DIENSTAG, 6. DEZEMBER 1932

MORGEN-AUSGABE

Verständigung über Aufhebung der September-Verordnung

Artikel 51 der Reichsverfassung lautet: „Der Reichspräsident wird im Fall seiner Verhinderung zunächst durch den Reichskanzler vertreten. Dauert die Verhinderung vor-

Langfristiges Vertragsprojekt ohne Klarstellung der deutschen Gleichberechtigung

GENF, 5. DEZEMBER

Die Ministerbesprechungen, an denen für jede Regierung zwei Delegierte teilnehmen werden, sollen erst morgen vor-
mittags, 9½ Uhr, beginnen, da sie bereits um 11 Uhr wegen
der außerordentlichen Bilderunderversammlung unterbrochen
werden müssen. Sie werden nachmittags wiedergeführt werden,
und am Abend muß der französische Ministerpräsident
Gerriot unbedingt Genf verlassen. Unter diesen Umständen
erheischt es ganz ausgeschlossen, daß über einen so schwer-
wiegenden und weittragenden Plan wie den oben ange-
deuteten morgen in aller Eile eine wirtliche Einigung und sogar
mit Deutschland erzielt werden könnte.

Wenn trotzdem heute abend auffallenberweise von englischer Seite die Gerichte von einer bereits erstellten Einigung öffentlich weitergeredet wurden, so läßt sich das nur aus dem Abicht erklären, ein Gekietzen vieler „Einigungen“ dem deutschen Augenmerksteller aufzulegen zu können. Mit dieser neuen Schuldfrage aber werden ihre Urheber wenig Glück haben, denn die Beobachter der deutschen Vorgänge sind zu zahlreich und selbst die amerikanischen Journalisten und unbefangenen amerikanischen Beurteiler haben zugegeben, daß der ganze Plan des Abdrucks der Abrüstungskonferenz in der Hauptsache auf den persönlichen Wunsch des amerikanischen Delegierten Norman Davis, sich möglichst bald nach Amerika einzuschiffen, zurückzuführen ist.

Überraschungsangriff der „Klassen“

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

NEW YORK, 5. DEZEMBER

Das Repräsentantenhaus wurde heute feierlich eröffnet und wurde schon nach zwei Stunden eine lebhafte Session, in dem die mit den Gegnern der Prohibition in übergeordneter Linie stehenden Whigs eine Resolution für das schärfste Amendement zur Abstinenz-Gesetzgebung. Obwohl der „nahe“ Abstand mit wenigen Stimmen hinter der erforderlichen Zweidrittel-Majorität zurückblieb, muß das Abstimmungsresultat als eine Schlappe für die demofretische Führung im Repräsentantenhaus angesehen werden. Wäre Garner vorzüglich vorgegangen, und hätte zuerst eine Verenderung der Resolutions-Debatte, so wäre ihm ein sicherer Sieg zuzulassen gewesen. Der ganze Kampf ist insoweit für den Abstinenzismus kein Gewinn.

Die heutige Sitzung wird rein formaler Natur sein. Der Alterspräsident wird den neuen Reichstag durch eine Ansprache eröffnen und dann den Namensaufruf durchführen lassen. Anträge sollen nach einer Vereinbarung, die getroffen wurde, nicht zur Beratung zugelassen werden. Es genügt, um eine solche Beratung zu verhindern, ja der Widerspruch eines einzigen Abgeordneten. Die Wahl des Präsidiums soll auf die Tagung der Mittwochsitzung gelegt werden.

Die Nationalsozialisten wollten, so führt man die Abgeordneten Göring als Reichspräsidenten vorzulegen. Gegen diese Kandidatur würde sich kein Widerspruch erheben, wenn die Nationalsozialisten nicht erklärt hätten, daß sie die deutschen Nationalen Abgeordneten Graf nicht wieder als Reichpräsidenten wählen wollen wegen seiner Haltung bei dem Empfang des Präsidiums des früheren Reichstags beim Reichspräsidenten Hindenburg. Es ist noch zu erwähnen, daß Graf damals sich in einem Gegensatz zu den übrigen Mitgliedern der Reichsversammlung befand, die die Deutschen Nationalen aus dieser Haltung der Nationalsozialisten die Forderung zieht, nicht für Göring zu stimmen, und sich die Deutsche Volkspartei Eugenbergs anschließen, dann ist es wahrscheinlich, daß im ersten Wahlgang eine Mehrheit für den nationalsozialistischen Kandidaten nicht zustande kommt und Göring erst in der Stichwahl mit einer relativen Mehrheit die Nationalsozialisten und Zentrum gegenüber steht. Daraus könnte sich die Wahl des Reichspräsidenten in mehreren Runden ergeben. Aber man ist bemüht, es nicht zu einer Stichwahl kommen zu lassen.

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

LÜBECK, 5. DEZEMBER

Die neugewählte Lübecker Bürgerschaft trat heute abend zum erstenmal zusammen, um die Wahl des Präsidiums vorzunehmen. Das bisherige Präsidium setzte sich aus Sozialdemokraten und Vertretern der bürgerlichen Mitte zusammen. Bei der Wahl des neuen Präsidiums entfielen sich die Vertreter des Zentrums und